

DOI: 10.5771/1866-377X-2022-4-202

Interview mit der Bundesministerin der Verteidigung Christine Lambrecht

Juristinnen machen Karriere – wir stellen sie vor

Die Fragen stellten djB-Präsidentin **Prof. Dr. Maria Wersig** und **Amelie Schillinger**, Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in der djB-Geschäftsstelle, Berlin

Frau Ministerin, Sie waren von der 14. bis einschließlich der 19. Legislaturperiode, also 1998 bis 2021 Mitglied des Deutschen Bundestages und haben in diesen über 20 Jahren auch fast immer Rechtspolitik betrieben. Wie blicken Sie auf diese Zeit als rechtspolitisch bewegte Abgeordnete?

Als ich 1998 zum ersten Mal in den Bundestag gewählt wurde, war unser Land noch ein anderes. Wirtschaftlich und gesellschaftlich herrschte quasi Stillstand. Viele Dinge, die unser Leben heute prägen, waren damals noch Zukunftsmusik: KiTa-Plätze für Kinder unter drei Jahren und Ganztagsbetreuung, Atomausstieg und Energiewende, Elterngeld, Mindestlohn oder Grundrente. Auch und gerade rechtspolitisch haben wir in dieser Zeit viel bewegt: ein modernes Familienrecht, die Ehe für alle, die Gesetze für mehr Frauen in Führungspositionen oder auch das Netzwerkdurchsetzungsgesetz. Ich bin stolz darauf, dass ich an diesen Erfolgen mitwirken durfte. Sie sind das Ergebnis großer Beharrlichkeit und harter Arbeit. Aber klar ist auch, dass ich mir in vielen Bereichen noch mehr Fortschritt gewünscht hätte: etwa bei der Gleichstellung.



▲ Foto: Bundesministerium der Verteidigung

Als Sie als junge Rechtsanwältin in die Politik gingen, was hat Sie dazu motiviert?

Wenn ich einen Missstand sehe, dann treibt es mich um, bis ich eine pragmatische Lösung finde. Als ich noch zur Schule ging habe ich gemeinsam mit Gleichgesinnten gegen das Atomkraftwerk in meiner Heimat demonstriert und politische Aktionen gestartet. So bin ich schon als Schülerin zu den Jusos gekommen. Als Studentin habe ich dann erstmals auch ein politisches Amt übernommen, wurde Stadtverordnete in Viernheim, wo ich unter anderem ein Gleichstellungsbüro mit initiiert und flexible Kinderbetreuung organisiert habe. Nach 15 Jahren in der Kommunalpolitik, auch als Mitglied des Kreistags der Bergstraße, habe ich dann 1998 erstmals für den Bundestag kandidiert. Damals war ich seit drei Jahren Rechtsanwältin. Meine grundsätzlichen Vorstellungen und Ideale sind über all diese Zeit gleich geblieben: Ich möchte in einer Welt leben, in der die Umwelt Intakt ist, in der alle Menschen die gleichen Chancen haben, in der die Stärke des Rechts über dem Recht des Stärkeren steht.

Kurzbiografie:

Seit Dezember 2021	Bundesministerin der Verteidigung
Mai 2021 – Dez. 2021	Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Juni 2019 – Dez. 2021	Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz
2018 – 2019	Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen
2009 – 2018	Ämter in der SPD-Bundestagsfraktion und im Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion
1998 – 2021	Mitglied des Deutschen Bundestages
1995 – Oktober 2021	Rechtsanwältin
1995 – 1996	Aufbaustudiengang zur Magistra der Verwaltungswissenschaften an der Deutschen Verwaltungshochschule in Speyer
1992 – 1995	Referendariat am Landgericht Darmstadt; Zweites juristisches Staatsexamen
1984 – 1992	Studium der Rechtswissenschaften an den Universitäten Mannheim und Mainz; Erstes juristisches Staatsexamen

Geboren am 19. Juni 1965 in Mannheim (Baden-Württemberg).

Sie sind noch in Ihrer Schulzeit in die SPD eingetreten. Hat Ihr politisches Interesse bei der Wahl Ihres Studiums eine Rolle gespielt?

Auf jeden Fall! Ich habe Jura studiert, weil es mir um Gerechtigkeit geht und weil ich weiß: Das Recht ist eines der wichtigsten Mittel, um unsere Gesellschaft gerechter zu machen. Und das auf so vielen Wegen: Recht schlichtet Streit, etwa vor Gericht. Recht schützt und formt das Gemeinwohl, bindet zum Beispiel große wirtschaftliche Vorhaben wie den Bau eines Kraftwerks an die Belange des Umwelt- und Naturschutzes. Und wenn wir Dinge verändern und das Leben der Menschen verbessern wollen, dann müssen wir sehr oft als erstes das Recht ändern. Recht und Politik gehören für mich schon immer eng zusammen.

Auf welche Aspekte Ihrer Arbeit heute hat die juristische Ausbildung Sie gut vorbereitet und auf welche nicht?

Als Juristin lernt man, sehr strukturiert zu arbeiten, in allen Bereichen. Darüber hinaus spielt das Recht fast überall und gerade auch im Verteidigungsministerium eine große Rolle. Verteidigungs- und Sicherheitspolitik ist zu einem großen Teil Völkerrecht, Mandatsrecht für die Einsätze im Ausland, Haus-

haltsgesetzgebung, Dienstrecht für Hunderttausende Beschäftigte, Wehrrecht, Baurecht und vieles mehr. Ganz konkret helfen mir zum Beispiel Kenntnisse vom Vergaberecht. Denn gerade hier hat es neben der finanziellen Ausstattung der Bundeswehr gehapert. Das im Juli beschlossene Beschaffungsbeschleunigungsgesetz hilft, die dringend benötigte Ausrüstung für unserer Truppe schneller beschaffen zu können. Und ganz aktuell arbeiten wir, um ein zweites Beispiel zu nennen, an einem neuen soldatenrechtlichen Entlassungstatbestand, damit wir Extremisten schnell und konsequent aus der Bundeswehr entfernen können. Bei diesen Rechtsthemen kommt mir meine juristische Ausbildung natürlich zugute. Auch meine Erfahrung als Rechtsanwältin hilft mir sicher bei der ein oder anderen politischen Verhandlung. Aber zu guter Politik gehört natürlich viel mehr, vor allem das Interesse an den Menschen und ihren Problemen oder auch eine ordentliche Portion Beharrlichkeit. Beides kann man nicht studieren. (lacht)

Wie erleben Sie Politik heute, Sie selbst sind ja beispielsweise auch in den sozialen Medien aktiv und als Frau und Politikerin dort auch Anfeindungen ausgesetzt. Hat sich da etwas Grundlegendes verändert? Wie sollte Politik und Gesellschaft mit Hass im Netz umgehen?

Tatsächlich erhalte ich wie so viele politisch und gesellschaftlich engagierte Menschen im Netz viele Drohungen und Anfeindungen. Der Hass im Netz, rechtsextremistische, antisemitische und sexistische Hetze greifen um sich. Dem müssen wir als Gesellschaft entschlossen entgegentreten, präventiv und repressiv. Es muss klar sein: Die Meinungsfreiheit endet dort, wo Beleidigungen, Bedrohungen und Einschüchterungen beginnen. Das muss unser Rechtsstaat durchsetzen, auch im Netz. Das Gesetzespaket gegen Rechtsextremismus und Hasskriminalität, das ich als Justizministerin auf den Weg gebracht habe, war da ein wichtiger Schritt. In meinem politischen Alltag, in den vielen persönlichen Gesprächen, die ich führe, erfahre ich zum Glück viel Zuspruch – und wenn Kritik, dann meist konstruktive Kritik und jedenfalls immer respektvoll. Das gehört in einer Demokratie dazu. Kritik und Widerspruch erzeugen die Reibung, die für ausgewogene politische Entscheidungen unbedingt notwendig ist.

In Ihren Rollen als Bundesjustizministerin, als Familien- und Frauenministerin und auch während Ihrer Zeit im Bundesfinanzministerium haben Sie immer auch einen Fokus auf frauen- und gleichstellungspolitische Themen gesetzt. Wie wichtig sind Ihnen diese Themen auch in Ihrer neuen Rolle im Bundesverteidigungsministerium? Welche konkreten Änderungen streben Sie als Bundesverteidigungsministerin für das Thema Gleichstellung an?

In der Bundeswehr bin ich für rund 260.000 Menschen verantwortlich. Es ist ein grundlegendes Gebot der Gerechtigkeit und für mich eine Selbstverständlichkeit, dass hier Frauen die gleichen Chancen haben müssen wie Männer. Und es ist übrigens auch ein Gebot der Notwendigkeit. Der brutale russische Angriffskrieg führt uns eines schmerzhaft vor Augen: Wer in Freiheit leben will, braucht militärische Stärke, um diese Freiheit zu schützen. Wir brauchen eine starke, voll einsatzbereite Bundeswehr. Und

die gibt es nur mit starkem Personal. Wie wollen wir ausreichend qualifizierte und motivierte Menschen für uns gewinnen, wenn wir Frauen nicht von uns überzeugen können? Wir versuchen sehr intensiv, den Frauenanteil in der Bundeswehr zu erhöhen. Das Ministerium ist viel weiblicher geworden, als es das noch vor 20 Jahren war. Wir achten sehr darauf, dass Frauen in Uniform Karriere machen können und unterstützen die Vereinbarkeit von Familie und Soldatenberuf – auch für Väter. Und wir sind hoch wachsam, damit Kameradschaft in der Truppe nicht durch Sexismus und Benachteiligung von Frauen vergiftet wird. Auch unsere Diversitätspolitik macht die Bundeswehr heute zu einem modernen Arbeitgeber.

Der Koalitionsvertrag der Ampel strebt eine feministische Außenpolitik an. Was verstehen Sie darunter und was bedeutet das konkret für das Verteidigungsressort?

Für mich ist das ein universelles Prinzip, egal für welchen Bereich der Politik: Nachhaltige Politik geht nur mit Frauen, niemals über ihre Köpfe hinweg. Und das gilt natürlich auch für Diplomatie, internationale Friedens- und Klimaschutzpolitik und die Entwicklungszusammenarbeit. Feministische Außen- und Entwicklungspolitik bedeutet daher: Wir müssen Frauen stärker einbinden und ihre Belange in den Mittelpunkt stellen. Gerade bei Konflikten müssen Frauen eine aktive Rolle spielen, von der Vorbeugung bis an den Friedentisch, beim Wiederaufbau und bei der Versöhnung von Gesellschaften. Die Perspektiven von Frauen, die manchmal ganz andere sein können, fehlen leider zu häufig. Mit der Bundeswehr können wir eine solche Politik unterstützen, indem wir durch militärische Einsätze die Sicherheit in Krisenregionen erhöhen – gerade auch für Frauen, die von Kriegen, Konflikten und Gewalt ganz besonders betroffen sind. Dadurch schaffen wir Raum für diplomatische, entwicklungspolitische und humanitäre Bemühungen und für politischen Fortschritt. Wichtig ist darüber hinaus: An unseren militärischen Einsätzen müssen Frauen, Soldatinnen, beteiligt sein. Denken Sie beispielsweise an eine Patrouille in Mali oder ein Beobachtungsteam in Bosnien und Herzegowina. Mit einer weiblichen Perspektive sehen wir mehr und genießen höheres Vertrauen in der weiblichen Bevölkerung vor Ort.

Nach über 20 Jahren im Bundestag haben Sie bei der Wahl 2021 nicht mehr als Abgeordnete kandidiert. Hatten Sie sich eigentlich schon auf Ihren Ruhestand gefreut?

Wie fühlt es sich für Sie an, dass Sie kaum ein Jahr später das größte Militärbudget zu verwalten haben, was jemals eine Verteidigungsministerin in der Bundesrepublik verantworten durfte oder auch musste? Wie geht es Ihnen als Verteidigungsministerin in dieser unfriedlichen Zeit und wie geht es den Menschen, die Ihnen unterstehen?

In meiner Abschiedsrede im Bundestag habe ich Trude Herr zitiert: „Niemals geht man so ganz.“ (lacht) Aber im Ernst: Ich war 23 Jahre im Bundestag, in denen ich regelmäßig zwischen meinem hessischen Wahlkreis und der Hauptstadt gependelt bin. 23 Jahre Leben aus dem Koffer sind genug. Und daher habe ich mich entschieden, nicht mehr zu kandidieren. Aber für mich war

immer klar, dass ich weiterhin für Politik brennen werde. Und dazu gehört es für mich auch, Verantwortung zu übernehmen. Ich bin aus Überzeugung Verteidigungsministerin und ich brenne für meine Bundeswehr. Gerade in Zeiten wie diesen sehe ich es als politische und gesellschaftliche Pflicht, unsere Soldatinnen und Soldaten für ihre verantwortungsvolle Aufgabe bestmöglich auszurüsten. Und dafür ist das Sondervermögen Bundeswehr von 100 Milliarden Euro – nach Jahrzehnten der Mangelverwaltung – dringend nötig. Ich erlebe die Frauen und Männer in der Bundeswehr in diesen Zeiten als sehr ernst und betroffen über den schrecklichen Krieg in der Ukraine, aber vor allem auch als sehr zielgerichtet und motiviert. Wir alle sind froh, dass wir die Ukraine mit Waffen und militärischer Ausbildung unterstützen können. Gleichzeitig verstärken wir mit großen Kraftanstrengungen unsere Präsenz an der NATO-Ostflanke, insbesondere in Litauen und der Slowakei, um unseren osteuropäischen Verbündeten Sicherheit zu geben. Und wir arbeiten mit Hochdruck daran, die Bundeswehr wieder zu dem zu machen, was sie sein muss: eine starke Kraft in einem starken Bündnis, und damit ein Stützpfiler von Freiheit, Recht und Demokratie.

Wir feiern in diesem Jahr das Jubiläum „100 Jahre Frauen in Juristischen Berufen“. Der djb begleitet dieses Jubiläum mit einer Kampagne, die gerade junge Jurist*innen dafür sensibilisieren soll, dass der Einsatz für gleichstellungrechtliche und -politi-

sche Fragen und Missstände nötig und lohnend ist. Sie haben als Justizministerin diese Kampagne mit auf den Weg gebracht. Was möchten Sie jungen Kolleg*innen in dieser Hinsicht auf den Weg geben?

In Deutschland haben wir bei der Gleichstellung der Geschlechter schon Einiges erreicht. Aber, bis wir tatsächlich und alltäglich gleichgestellt sind, gibt es noch sehr viel zu tun. Denken Sie, als nur ein Beispiel, an die gewaltige Gender Pay Gap von fast 20 Prozent. Daran mitzuarbeiten, diese existierenden Barrieren einzureißen, ist gesellschaftlich wichtig. Und es ist, wie ich finde, auch persönlich unfassbar bereichernd, hier konkret etwas verändern und verbessern zu können. Wir Frauen werden dringend gebraucht. Wir müssen mitreden, uns einbringen und engagieren, und zwar überall. Ich möchte junge Frauen daher ausdrücklich ermutigen: Macht, was zu euren Stärken passt – frei von Geschlechterklischees. Traut Euch! Interessiert Euch auch und gerade für Themen, die als klassische Männerdomänen gelten. Wir können Sicherheit und Verteidigung, Technik, Wirtschaft und Finanzen, wir können Führung, wir können alles. Gerade auch als Juristinnen haben wir viel zu bieten, was uns noch mehr für all das befähigt. Nehmt Euch, was Euch zusteht, kämpft dafür, seid selbstbewusst und lasst Euch auch von Rückschlägen nicht entmutigen. Denn wie heißt es so schön? „Wenn es einfach wäre, dann würden es andere machen.“

Impressum

Schriftleitung

Anke Gimbal, Rechtsassessorin (V.i.S.d.P.)

Redaktion

Marlene Wagner, Amelie Schillinger

Deutscher Juristinnenbund e. V.

Kronenstr. 73

10117 Berlin

Telefon: 030 443270-0

Telefax: 030 443270-22

E-Mail: geschaeftsstelle@djb.de

www.djb.de

Erscheinungsweise:

4 Ausgaben im Jahr

Bezugspreise 2022

Jahresabonnement inkl. Online-Nutzung (Einzelplatzzugang) über die Nomos elibrary 66,- €; Jahresabonnement für Firmen/Institutionen inkl. Online-Nutzung (Mehrplatzzugang) über die Nomos elibrary 189,- €; Einzelheft 20,- €. Alle Preise verstehen sich incl. MWSt, zzgl. Vertriebskostenanteil 14,00 € plus Direktbeorderungsgebühr Inland 1,70 € p.a.

Bestellmöglichkeit

Bestellungen beim örtlichen Buchhandel oder direkt bei der Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden

Kündigungsfrist

jeweils einen Monat vor Kalenderjahresende

Bankverbindung generell

Zahlungen jeweils im Voraus an Nomos Verlagsgesellschaft, Postbank Karlsruhe: IBAN: DE07 6601 0075 0073 6367 51, BIC: PBNKDEFF oder Sparkasse Baden-Baden Gaggenau: IBAN: DE05 6625 0030 0005 0022 66, BIC: SOLADESIBAD

Druck und Verlag

Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestr. 3-5, D-76530 Baden-Baden
Telefon (07221) 2104-0/Fax (07221) 2104-27
E-Mail nomos@nomos.de

Anzeigen

Sales friendly Verlagsdienstleistungen
Pffaffenweg 15, 53227 Bonn
Telefon (0228) 978980, Fax (0228) 9789820
E-Mail roos@sales-friendly.de

Urheber- und Verlagsrechte

Die Zeitschrift sowie alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags.

Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag das ausschließliche

Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts. Eingeschlossen sind insbesondere auch das Recht zur Herstellung elektronischer Versionen und zur Einspeicherung in Datenbanken sowie das Recht zu deren Vervielfältigung und Verbreitung online oder offline ohne zusätzliche Vergütung. Nach Ablauf eines Jahres kann der Autor anderen Verlagen eine einfache Abdruckgenehmigung erteilen; das Recht an der elektronischen Version verbleibt beim Verlag.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Herausgeber/Redaktion oder des Verlages wieder. Unverlangt eingesendete Manuskripte – für die keine Haftung übernommen wird – gelten als Veröffentlichungsvorschlag zu den Bedingungen des Verlages.

Die Redaktion behält sich eine längere Prüfungsfrist vor. Eine Haftung bei Beschädigung oder Verlust wird nicht übernommen. Bei unverlangt zugesandten Rezensionen keine Garantie für Besprechung oder Rückgabe. Es werden nur unveröffentlichte Originalarbeiten angenommen. Die Verfasser erklären sich mit einer nicht sinntstellenden redaktionellen Bearbeitung einverstanden. Der Nomos Verlag beachtet die Regeln des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels e.V. zur Verwendung von Buchrezensionen.

ISSN 1866-377X